

MOTION von Lucius Dürr (CVP, Zürich), Alfred Stoffel (CVP, Zürich) und René Berset (CVP, Bülach)

betreffend Reduktion von Bewilligungsverfahren

Der Regierungsrat wird ersucht, die bestehenden Gesetze in der Weise zu ändern, dass Bewilligungen im Zusammenhang mit der Ausübung einer beruflichen/gewerblichen Tätigkeit oder der Ausübung der Eigentumsfreiheit nur noch verlangt werden, sofern sie wirklich dem Schutz der sogenannten polizeilichen Güter dienen. Bagatellfälle sind ganz von der Bewilligungspflicht auszunehmen.

Lucius Dürr, Alfred Stoffel, René Berset

Begründung:

Die Ausübung eines Berufes oder Gewerbes sowie der Eigentumsfreiheit wird heute durch zahlreiche gesetzliche Vorschriften eingeschränkt bzw. von der Erteilung einer entsprechenden Bewilligung abhängig gemacht. Soweit solche Einschränkungen dem Schutz der sogenannten polizeilichen Güter (Leben, Gesundheit etc.) dienen, sind sie gerechtfertigt. Die Praxis zeigt jedoch, dass zahlreiche Bewilligungen über diese Zielsetzung hinausgehen, oder dass das ursprünglich anvisierte Ziel sich gar nicht erreichen lässt, wie etwa der Schutz vor Alkoholmissbrauch durch die Abhängigmachung der Wirtetätigkeit von der Erteilung eines Wirtepatentes.

Mit der Abschaffung unnötiger Bewilligungen bzw. Reduktion von Bewilligungsvorschriften auf das Notwendige wird einerseits die staatliche Tätigkeit eingeschränkt, mit positiven administrativen und finanziellen Auswirkungen, andererseits durch den Abbau von Hemmnissen die wirtschaftliche Tätigkeit und Entfaltungsmöglichkeit erhöht. Ueberdies wird ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Deregulierung geleistet.